ÖDP Fraktion
Stadtrat Landshut

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Ökologisch-Demokratische Partei

Landshut, den 20.09.2026

Antrag

Prüfung von Schulstraßen für mehr Sicherheit auf dem Schulweg

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. zu prüfen, an welchen Schulen im Stadtgebiet die Einrichtung einer sogenannten „Schulstraße“ grundsätzlich möglich und zur Verbesserung der Schulwegsicherheit sinnvoll ist. Dabei soll insbesondere die zeitlich begrenzte Sperrung geeigneter Straßenabschnitte für den Kraftfahrzeugverkehr zu Schulbeginn und gegebenenfalls zum Schulende geprüft werden.
2. bei der Prüfung sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen
    a. die Verkehrs- und Gefährdungssituation im unmittelbaren Schulumfeld,
    b. der Umfang und die Auswirkungen des Hol- und Bringverkehrs,
    c. vorhandene Elternhaltestellen und die Möglichkeit, diese mit einer Schulstraße zu kombinieren,
    d. die Zahl der zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Tretroller ankommenden Schülerinnen und Schüler,
    e. die Erreichbarkeit für Anlieger, Menschen mit Behinderung, Rettungsdienste, Schulbusse und gegebenenfalls den ÖPNV sowie
    f. die Auswirkungen auf das umliegende Straßennetz
3. Die Erfahrungen anderer bayerischer Kommunen mit bereits eingerichteten oder erprobten Schulstraßen sind in die Prüfung einzubeziehen.
4. Dem Verkehrssenat sind die grundsätzlich geeigneten Standorte vorzustellen und einen oder mehrere Standorte vorzuschlagen, an denen die Einrichtung einer Schulstraße zunächst im Rahmen eines zeitlich befristeten Pilotprojekts erprobt werden kann.

Begründung

Ein sicherer Schulweg ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Kinder ihren Weg zur Schule selbstständig zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Tretroller zurücklegen können. Gerade zu Schulbeginn und Schulende kommt es im unmittelbaren Umfeld von Schulen jedoch häufig zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch Hol- und Bringverkehr. Haltende, anfahrende und wendende Fahrzeuge können dabei insbesondere für jüngere Kinder unübersichtliche und gefährliche Situationen verursachen.

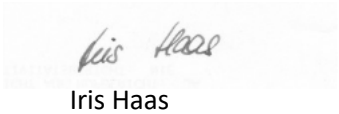
Die Stadt Landshut verfolgt bereits verschiedene Ansätze zur Verbesserung der Schulwegsicherheit. Dazu gehören unter anderem Schulwegpläne, Verkehrshelfer sowie die schrittweise Einrichtung von Elternhaltestellen. Eine Schulstraße kann diese Maßnahmen sinnvoll ergänzen. Dabei wird der unmittelbar vor einer Schule liegende Straßenabschnitt zu den besonders verkehrsintensiven Zeiten zeitweise für den allgemeinen Kraftfahrzeugverkehr gesperrt. Kindern steht dadurch im sensibelsten Bereich ihres Schulwegs mehr sicherer Verkehrsraum zur Verfügung.

Elternhaltestellen können dabei einen wichtigen Bestandteil des Konzepts bilden: Kinder, die auf eine Fahrt mit dem Auto angewiesen sind, können in einiger Entfernung zur Schule sicher aussteigen und den verbleibenden Weg selbstständig zu Fuß zurücklegen. In Landshut bestehen solche Hol- und Bringzonen bereits an mehreren Grundschulen.

Schulstraßen werden inzwischen auch in Bayern erprobt beziehungsweise umgesetzt. Die Erfahrungen anderer Kommunen sollten daher genutzt werden, um geeignete Lösungen für die örtlichen Verhältnisse in Landshut zu entwickeln.

Ziel des Antrags ist ausdrücklich nicht eine pauschale Sperrung der Straßen vor allen Schulen. Vielmehr soll anhand objektiver Kriterien geprüft werden, an welchen Standorten eine Schulstraße verkehrlich sinnvoll, rechtlich möglich und praktisch umsetzbar ist. An einem besonders geeigneten Standort sollte das Konzept zunächst zeitlich befristet erprobt und anschließend hinsichtlich seiner Auswirkungen auf Schulwegsicherheit, Verkehrsaufkommen und Akzeptanz evaluiert werden.

Die Einrichtung einer Schulstraße kann damit einen weiteren Beitrag leisten, Gefahren durch den Hol- und Bringverkehr zu reduzieren und gleichzeitig Kinder darin zu unterstützen, ihren Schulweg sicher und selbstständig zurückzulegen.



Iris Haas
Stadträtin

Gez. Elke März-Granda
Stadträtin

Gez. Heiko Helmbrecht
Stadtrat